



22.04.2026

ZKF: VERBAND ÜBT MASSIVE KRITIK AN GEPLANTER ENTLASTUNGSPRÄMIE

Die von der Bundesregierung geplante Entlastungsprämie für Arbeitnehmer sorgt auch im Unfallschadenmarkt für massive Kritik. So erachtet es der Zentralverband Karosserie- und Fahrzeugtechnik (ZKF) angesichts der fragilen Wirtschaftssituation und der angespannten Ertrags- und Liquiditätslage als fraglich, ob „Unternehmen in der Lage sein werden, diese Möglichkeit zu nutzen“, heißt es in einer aktuellen Pressemitteilung des Verbands. Die Kritik des ZKF-Vorstands gehe an dieser Stelle konform mit dem Dachverband ZDH: „Die Koalitionsentscheidung lädt den Entlastungsdruck bei den Betrieben und Unternehmen ab. Entsprechend dürfte sich der Erwartungsdruck der Beschäftigten gegen die Unternehmen richten“, erklärt der Handwerkspräsident Jörg Dittrich. Zudem seien viele Unternehmen finanziell noch durch die Rückzahlung der Corona-Kredite beschäftigt.

ZKF-PRÄSIDENT FORDERT RÜCKNAHME DER KOALITIONSENTSCHEIDUNG

ZKF-Präsident Arndt Hürter betont: „Mit diesen Maßnahmen seitens der Regierung werden die Einschränkungen und Problemfelder des Karosserie- und Fahrzeugbauerhandwerks der letzten Jahre nicht berücksichtigt. Die Betriebe hatten in den letzten Jahren stark gestiegene Kosten, z. B. bei Lohn- und Energiekosten. Darüber hinaus war auch ein starker Anstieg der Ersatzteilpreise, aber auch beim Lackmaterial zu spüren.“ Dass dabei nun die steigenden Kosten der Arbeitnehmer zu Lasten der

Betriebe gehen sollen, sei absolut nicht der „richtige Weg“. Der ZKF-Präsident fordert daher die Rücknahme dieser Koalitionsentscheidung.

„ERWARTUNGSDRUCK DER MITARBEITER FÜHRT ZU UNFRIEDEN IN DEN BETRIEBEN“

ZKF-Hauptgeschäftsführer Thomas Aukamm ergänzt: „Es ist unredlich und ein Zeichen schlechter Wirtschafts- und Finanzpolitik zu Lasten Dritter, wenn staatliche Entscheidungen rein den Arbeitgeber treffen und den Staat nicht belasten. Dies erfolgt in einer Phase, in der die Insolvenzen ein 20-Jahres Hoch erreicht haben. Zudem wird bei den Mitarbeitern eine Erwartungshaltung geweckt, die zu Unfrieden in den Betrieben führt, sollte der Arbeitgeber diese Zahlung nicht realisieren können.“

GESETZLICHE VERANKERUNG STEHT NOCH AUS

Eine Entlastungsprämie in Höhe von 1.000 Euro soll ähnlich wie die Inflationsausgleichsprämie angelegt werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen erst abwarten, bis der Bonus gesetzlich verankert ist. Für die Inflationsausgleichsprämie wurde damals das Einkommensteuergesetz (EStG) geändert beziehungsweise um einen Paragraphen ergänzt. Der Handwerksverband ZDH, der fast eine Millionen Betriebe vertritt, bedauert, dass wirksame Entlastungen für Unternehmen, etwa die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, nicht vorgesehen sind. „Vor diesem Hintergrund kommt es umso mehr darauf an, dass die angekündigte Einkommensteuerreform auch gezielt zur Entlastung von Personenunternehmen beiträgt“, betont Handwerkspräsident Jörg Dittrich. „Der ZKF schließt sich der Meinung des ZDH-Handwerkspräsidenten an und fordert die Rücknahme der Entlastungsprämie, sowie weitere Entlastungen für die Handwerksunternehmen, die auch beim Industrie-Strompreis keine Berücksichtigung finden“, heißt es in der Pressemitteilung abschließend.

Ina Otto